



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

545 (25.11.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-206634](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-206634)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung monatlich ... Einzelnummer 10 Pf.

Anzeigenpreise: Bei Vorauszahlung die 11. Seite ...

Beilagen: Der Sport vom Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz und Recht. Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung.

Die Regierungserklärung des Kabinetts Cuno

Der erste Eindruck

(Von unserem Berliner Büro.)

Berlin, 25. Nov.

Es ist gestern doch ein wenig anders gewesen als sonst in den letzten vier Jahren, wenn im Reich ein neuer Reichskanzler kam. Sie waren, ob sie den Zentrumsgeflügel entstammten oder dem breiten sozialistischen Fluchband entstammten, immer alte und gute Bekannte gewesen. Man hatte sie durch viele Jahre reden und hätte sie mitunter auch sich spreizen gesehen, und höchstens mochte es die Regierung reizten, festzustellen, wie sie wohl die Toga des verantwortlichen Staatsmannes kleidet. Um diesen Dr. Cuno indessen, dessen Name seit 8 Tagen in dem unendlich hoffnungsarm gewordenen Volk aus dem Mund auf der Straße wie der eines Retters aus tiefster Not mit einer gewissen Andacht ausgesprochen worden war, steht es anders. Wer an der Berliner offiziellen Gesellschaft teilnimmt, dem vor freilich die Erscheinung des neuen Mannes wohl vertraut: die hochtragende Gestalt, der blonde, hier und da schon gelicherte und leicht angegraute Scheitel, die weitgewandte und natürliche, unbefangene Lebenswürdigkeit seines Wesens. Nur in öffentlicher Rede über politische Dinge schließt er sich ab und ist, der in verhältnismäßig frühen Jahren aus der Beamtenstellung schied, noch nicht gehört. Nun trat er an die Spitze eines Ministeriums, das zwar, weil manche unreue wurden, nicht ganz das Kabinett der Persönlichkeiten und Wirtschaftsführer geworden ist, aber ein Kabinett der Arbeit und der wertvollen Arbeit.

Er verteilte zunächst ein wenig besonnen, dann immer sicherer werdend, gelegentlich in der Weise seiner hanseatischen Adoptivheimat das S im Ansaut scharf akzentuierend, Sätze, die sich je länger je mehr in das Ohr der Versammlung bohren. Da er unter dem tauschenden Besatz der Mitte und eines Teils der Tribüne gendete, hat, zitiert, herausmäßig schon mit dem Urteil fertig, ein Mitglied der Schreibzunft: „Wer etwas dringt...“ Das soll Ironie und wohl auch Tadel einschließen. Aber kann es wirklich ein Vorwurf sein? Programmklärungen einer Koalitionsregierung werden immer ein wenig Vermittlungstheologie treiben müssen.

Run soll dieses Kabinett Cuno ja einstweilen kein Koalitionsministerium sein. Die Parteien, aus denen der neue Kanzler seine hauptsächlichsten Mitarbeiter entnahm, haben es sogar — warum ist trotz der getragenen Wiederholung des Herrn Marx nicht recht ersichtlich — für notwendig gehalten, in den letzten Tagen höchst abzurufen. Dennoch, die Möglichkeit seines Bestandes bedroht für das Kabinett auf der Gefährlichkeit der Arbeitsgemeinschaft, die Dauer dieses Bestandes auf dem Entgegenkommen, das ihm bei der Sozialdemokratie erwächst. So wird die einladende Seite nach der linken hin ohne weiteres verständlich. Der Kanzler bedauert, daß kein Sozialist seinem Ruf gefolgt ist. Er zählt, indem er das republikanische Bekenntnis stark unterstreicht, die Sozialdemokratie zu den staatsbehaltenden Kräften, stellt, da er seine Pläne für den wirtschaftlichen Wiederaufbau entwickelt, die Aktion zur Hebung und Festigung der Mark in den Vordergrund, bemüht sich, wo er für solche Pläne auf sozialistischen Widerstand zu rechnen sieht, diesen von vornherein durch den Einwand zu entzweien, daß seine Produzenten- und Produktionspolitik in Wirklichkeit nur auf richtige Konsumentenpolitik hinauslaufe. Er tadelt über die Haupt nach reichlichen und im einzelnen nicht ganz unerbittlichen Lob- und Tadelreden für Dr. Wirth, die Kontinuität mit dem zurückgetretenen Ministerium zu wahren. Das Wort des Kanzlers Wirth, meint Herr Cuno, „Erst Brot, dann Reparationen“, fügt die Politik der alten und der neuen Regierung ohne Bruch aneinander.

Das ist buchstäblich richtig. Der Dr. Wirth der letzten Monate war nicht mehr der, den die Öffentlichkeit vor Jahren und auch noch bis Genua sehen zu müssen glaubte hatte. Was Cuno gestern über den nun wohl auch theoretisch begründeten Streit über die Erfüllungsmöglichkeit ausführte, hätte genau so gut auch der frühere Kanzler sagen können. Auch er hat bei ähnlichen Anlässen von Mal zu Mal mit wachsender Bucht und mit tiefstem Ernst der Entente im Ganzen und Frankreich nach ganz besonders ihre Sünden übergezählt, hat auch niemals, ebenso wenig wie Rathenau, an dessen Schwanengesang Herr Cuno mit Glanz und diplomatischem Geschick erinnert, dem Bekenntnis zu der unbezweifelbaren Unverletzlichkeit des uns geliebten Reichsgebiets zurückgekehrt. Mit der Antwort an die Reparationskommission, die der neue Regierungschef im Namen des Kabinetts vollinhaltlich billigt, übernimmt er ja das frühere Werk.

Trotzdem sind in der Programmrede, die mit erfreulicher Rückständigkeit sich auf den Boden der unlagbar harten und schmerzlichen Tatsache des von uns verlorenen Weltkrieges stellt, ein Paar Nuancen, ein Paar eigene Töne, die aufhorchen machen und über die Herr Cuno ganz persönlich mit und mit deutschem Hinweis auf die Vereinigten Staaten und von seinen Beziehungen zu den Wirtschaftsführern des Auslandes spricht, die er auch weiterhin zu pflegen wünscht, ist auch nicht bloß die Richtung der törichtesten Schlagworte von der Ost- und Westpolitik, die bei der unheilvollen Gewalt solcher Schlagworte über deutsche Hirne und Herzen und schon wieder in zwei Heerzungen zu zerreißen droht. Mehr prägt sich in dieser Beziehung ein, was er über die innere Politik sagt: Die grundsätzliche Abkehr von der Zwangswirtschaft, die Erhaltung der Betriebe in ihrem volkswirtschaftlich gebotenen Bestand, der Hinweis auf die Notwendigkeit, die Elemente der Ordnung im Staat, Reichswehr und Reichsmarine und durch Befestigung

des alten guten Geistes in ihr, die Beamtenschaft neu zu stärken. Und was die auswärtigen Dinge betrifft, die gar nicht passiv, aber mannhaft und freimütige Erklärung, die Regierung werde es als ihre Pflicht betrachten, alles beizutragen, was ein gerechtes Urteil über die Schuldfrage herbeiführen könne. Dann eine scheinbar beifällige, von den meisten überhörte Bemerkung, die uns indes ungemein bedeutsam erscheint: Die Betonung des nationalen und kulturellen Zusammenhanges mit den abgetrennten Gebieten.

Das hätte Dr. Josef Wirth, auch wo er ganz ähnlich gesprochen hätte, doch nicht sagen können. Denn bei der Bekämpfung der Schuldfrage wären ihm vermutlich die sozialistischen Kabinettsgefährten in den Arm gefallen. Die gewichtigen Probleme des Grenz- und Auslandsdeutschtums aber, Grundfragen deutschen Schicksals, rührten ihm nicht das Herz, drangen vielleicht nicht einmal an sein inneres Ohr.

Für dieses Programm hat Herr Cuno gestern über die Parteien und ihre zufällige Gruppierung hinaus um Zustimmung und Mitarbeit gewonnen, nicht ohne zugleich auf die düsteren, über dem Rheinland hängenden Wolken hinzudeuten. Die Aufnahme im Hays war nicht unglücklich. Ob das Kabinett sich als langjährig erweisen und ob es weniger von Krisen heimgesucht sein wird als die verflochtenen Regierungen — wer mag in dieser Stunde das schon wissen? — Es wird um seinen Bestand Tag für Tag, Woche für Woche zu kämpfen haben. Dieser Kampf begann schon gestern, als der neue Ernährungsminister Dr. Müller-Bonn zum Schluß das Wort nahm, um sich gegen Breitscheid von der Rede des Reparationsismus zu reinigen.

Die Rede des Reichskanzlers

haben wir bereits den Inhalt nach und in den wichtigsten Gedankenkreisen wörtlich in der gestrigen Abendausgabe veröffentlicht. Zur Ergänzung lassen wir die Hauptteile noch einmal im Zusammenhang und im Wortlaut folgen.

Nachdem der Reichskanzler über die Geschichte der Kabinettsbildung berichtet und dem abgetretenen Kabinett Wirth Dank und Anerkennung gezollt hatte, kam er auf die eigentlichen Aufgaben der Regierungspolitik zu sprechen, worüber er u. a. folgendes sagte:

„Unsere Arbeit ist klar und schwer! Deutschland soll im Umkreis gleichberechtigter Völker wieder ein sich selbst bestimmendes, aus eigener Kraft und eigenem Recht lebendes Staat werden, nach außen in jenem Einklang des nationalen Selbstbestimmungsrechts, mit den gleichen Rechten der anderen Völker, nach innen ein Staat einer auf Leistung gegründeten Wohlfahrt, guter deutscher Gesinnung und Kultur, des sozialen Friedens und der Freiheit des religiösen Bekenntnisses. In allem sehen wir das Staatsleben und die Wirtschaft unter dem

Zeichen des verlorenen Krieges

Drohend hängt das Schwert der Ungewißheit über Deutschland. Dazu drückt uns die Last der Befragung und der Sachleistungen. Obwohl Deutschland nur eine Wehrmacht von 100 000 Mann unter den Waffen hat, liegt doch auf dem linken Rheinufer und den drei rechtsrheinischen Städten, die ohne einen im Friedensvertrag gegebenen Titel besetzt wurden, immer noch eine Armee, die wesentlich größer ist als das deutsche Heer. Monat um Monat liefert Deutschland neben anderen Leistungen große Mengen Rohstoffe, zum Teil über Bedarf der französischen Volkswirtschaft. Die Abtrennung wichtiger landwirtschaftlicher und industrieller Gebiete im Osten, Westen und Norden hat Deutschlands Produktionskraft aufs tiefste geschwächt. Die Wegnahme der deutschen Auslandsvermögen, der Kolonien und der deutschen See- und Binnenhandelsflotte hat unsere Zahlungsbilanz stark passiv gestaltet und so unsere Währung zum Niedergang verurteilt, selbst wenn keine Reparationslasten auf Deutschland lägen.

Die steigende Ueberlastung Deutschlands mit einer auch bei unversicherten Kräften unaufbringlichen Zahlungspflicht und die damit verknüpfte Politik ultimativer Drohungen hat den Glauben der Welt an die politische und die von ihr bedingte wirtschaftliche Zukunft Deutschlands aufs schwerste erschüttert. In enger Verbindung von Wirkung und Ursache ist im Innern die deutsche Leistung und vor allem der Wirkungsgrad der deutschen Arbeit erheblich gesunken. In der Landwirtschaft stehen wir vor einer beträchtlichen Minderernte an Brotgetreide, im Bergbau vor einem Rückgang der Förderung, der im Zusammenhang mit den Vorkriegsleistungen an die Entente uns zwingt, Monat um Monat steigende Mengen Kohle aus England und der Tschechoslowakei einzuführen und uns immer tiefer verschulden.

Unsere Mark ist bis auf einen winzigen Bruchteil des Friedenswertes gegenüber dem Dollar gesunken. Diese Entwertung der Mark schmälert immer mehr die einkaufswirksamen Rohstoffe und Lebensmittel und läßt die Preise im Inland sprunghaft in die Höhe schnellen. Dies alles bedeutet eine

ungeheure Umfichtung der Lebenslage unseres Volkes,

wie sie noch nie in so kurzer Zeit erlebt wurde. Zwar arbeitet unsere Wirtschaft und ist der Wille zur Arbeit überall geflogen, zwar feiern wenige Menschen — gleichwohl die Wirtschaft sinkt. Am Vordergrund unserer Verantwortung und Sorge steht

die Reparationsfrage.

Die nun zur Schuldfrage der deutschen Wirtschaft geworden ist. Die Stellung der Regierung hierzu ist klar und einfach: So wenig die tragische Frage der Schuld am Weltkrieg für das richterliche Gewissen der Weltgeschichte durch irgendein geschriebenes Wort entschieden werden kann, ebensowenig Sinn hat es für uns, die Tatsache des verlorenen, nicht des verschuldeten Krieges zu leugnen. Die Regierung betrachtet es als ihre Pflicht, ohne jegliche Scheu alles beizutragen, was ein gerechtes Urteil über die Schuldfrage herbeiführen kann, im Bewußtsein, daß jeder Schritt zur Wahrheit auch ein Schritt zur Befestigung des Unrechts in der Welt, zur Rettung Deutschlands und Europas und zur Versöhnung der Völker sein wird. Aber ebenso betrachtet sie es als notwendig, nach diesem verlorenen Kriege zur Abtragung der Deutschland auferlegten Verpflichtungen, insbesondere zum Friedenswert des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete in Frankreich, die die volle Bucht des verheerenden Krieges zu tragen hätten, zu leisten, was nach Deckung der deutschen Lebensbedürfnisse möglich ist. Solche Begrenzung entspricht selbst dem Vertrag von Versailles, entspricht auch der in den

wirtschaftlichen Gegebenheiten begründeten Notwendigkeit, daß der Schuldner von seinem Vater erst selbst leben muß mit Familie, Gefinde und Gespann, daß er die Mittel haben muß, den Vater zu bestellen und dann erst vom Ertrage seiner Wirtschaft den Gläubiger bezahlen kann.

Das Wort: „Erst Brot, dann Reparationen!“ fügt die Politik der alten und der neuen Regierung ohne Bruch aneinander. Diese Politik ist die

Politik der Selbsterhaltung

der Nation, der Stärkung der deutschen Wirtschaft und der bestmöglichen Leistung aus den Ueberflüssen, die sich nach Deckung des dringenden deutschen Bedarfs ergeben. Kein Gläubiger, dem die Reparationsfrage eine Wirtschaftspolitik ist und nicht etwa ein Instrument geschäftspolitischer Absicht, kann dieser Politik entgegen treten. Ich glaube deshalb insbesondere, daß in den Vereinigten Staaten von Amerika, ohne deren Unterstützung eine Klärung der nicht denkbar erscheint, die Inangriffnahme der Aufgabe vom weltwirtschaftlichen Standpunkt aus Verständnis finden wird.

Im Namen der neuen Regierung gebe ich die Erklärung ab, daß sie ohne Einschränkung auf den Boden der Rote vom 13. November tritt und fest entschlossen ist, das in ihr enthaltene Programm im vollen Umfange zu vertreten und zur Durchführung zu bringen.

Die weiteren Ausführungen des Kanzlers befassen sich vornehmlich mit den Fragen der

Wirtschaftsgefundung und Währungsstützung,

worüber gestern berichtet wurde, und gab dann die bereits ebenfalls schon mitgeteilten Richtlinien für die Wirtschaftspolitik bekannt. Er erklärte, daß er auf ein friedliches Zusammenleben mit allen Völkern Gewicht legen werde, insbesondere auch mit den großen Nationen, mit denen entzweit zu werden das Unglück Deutschlands und Europas war. Es werde ihm persönlich eine Freude sein, die vertrauensvollen Beziehungen, die er mit Wirtschaftsführern des Auslandes gewonnen habe, nun unmittelbar für den Dienst des Reiches fruchtbar zu machen. Der Kanzler schloß: Was wir treiben werden, soll eine

ehrliche, schlichte deutsche Politik

sein. Aus dem Unfrieden anderer Mächte wird Deutschland keinen Vorteil ziehen, sondern lediglich Nachteile verhängnisvoller Art erleiden. Was Deutschland und nicht nur Deutschland, sondern die Welt und die Weltwirtschaft braucht, ist nicht Unordnung, sondern Einigkeit und Arbeit und ist für Deutschland im besonderen der Friede und in eine bessere Zukunft. Wohl mögen wir, daß Deutschland deutsch bleiben wird und keines seiner Länder dem Heren und dem Geiste nach von Deutschland abgetrennt werden kann, aber der Möglichkeit wollen wir offen ins Auge sehen, daß es Bestrebungen jenseits der Grenzen gibt, die auf neue Bedrückungen und Eingriffe abzielen. Mit Sorge sind die Blide auf die schwergeprüfte Bevölkerung der besetzten Gebiete am Rhein gerichtet, die nun schon seit vier Jahren mit demunerationen und Gebuld die harten Belden und Lasten einer Besetzung trägt, deren Art dem Kulturrempfinden der geistlichen Welt widerspricht. Deutschland kann gedrückt und gedrängt werden, aber es kann nicht untergehen, wenn es sich nicht selbst aufgibt.

Mit Selbstverständlichkeiten wurden in der Rede die Stellen aufgenommen, in denen er betonte, daß jetzt nicht Zeit zum Reden, sondern zum Handeln sei. Besonders lebhaft war die Zustimmung der Rechten bei der Kritik des Versailler Vertrages und der Reparationsbestimmungen, sowie bei der Erklärung, daß die Regierung der Behauptung von Deutschlands Schuld entgegen treten werde. Die Mitteilung des Wirtschaftsprogramms der Regierung wurde von den Kommunisten wiederholt durch den Ruf begleitet: wurde von den Kommunisten wiederholt durch den Ruf begleitet: Alles im Interesse des kapitalistischen Proletts! Der Kommunist Koehnen wurde wegen andauernder Zwischenrufe vom Präsidenten zur Ruhe gewiesen. Die Schlussworte des Reichskanzlers werden ein andauerndes „Bravo!“ von der Rechten bis zu den Demokraten, bei den Kommunisten wurden einzelne Pfuirufe laut.

Die Besprechung der Regierungserklärung

Nach zweistündiger Pause trat der Reichstag um 4 1/2 Uhr wieder zusammen. Die Aussprache eröffnete

Hg. Breitscheid (S. P.) mit der Erklärung, solange die Deutsche Volkspartei, die Gegnerin des Reichstages, nicht deutlich von Herrn Sinnes abträte, könnte die Sozialdemokratie nicht mit ihr in der Regierung sitzen. Die Politik der neuen Regierung, soweit sie sich zur Rote vom 13. November bekennt, werde von der Sozialdemokratie gebilligt. Das Kabinett werde jedoch den stärksten Widerstand der S. P. D. finden, wenn es von diesen Richtlinien abweicht, und wenn es an dem Grundsatze des Reichstages rüttelt. Dr. Breitscheid erhob dann gegen den Reichsernährungsminister Müller-Bonn schwere Vorwürfe, weil dieser am 4. August 1919 für eine rheinische Republik eingetreten sei und forderte den Reichskanzler auf, festzustellen, ob sich der Minister nicht des Landesverrats dadurch schuldig gemacht habe.

Hg. Marx (Ztr.) wies diese Angriffe zurück und ebenso die Behauptung seines Vorgesetzten, daß die Zentrumspartei irgendeinmal die Zulassenlegung des Kabinetts verantwortlich gemacht werden könne.

Hg. Hergt (D.N.) gab die Erklärung ab, daß seine Fraktion der Regierung wohlwollend gegenüberstehe.

Hg. Schiffer (Dem.) wandte sich unter lebhafter Zustimmung gegen die Behauptung der alleinigen moralischen Schuld Deutschlands und kritisierte die französische Politik der Ultimaten und Sanktionen. Eine Position der Rheinlande von Deutschland bleibe stets eine für uns indusktabile Forderung.

Anzweifelbar war von den Demokraten folgendes Vertrauensvotum

eingegangen: „Der Reichstag hat die Erklärung der Reichsregierung zur Kenntnis genommen und billigt, daß sie die Rote vom 13. November ds. J. zur Grundlage ihrer Politik machen will.“

Unter andauerndem großer Unruhe des Hauses schloß die Kommunist Koehnen in einer halbseitigen Rede auf das reine „Sinnes-Programm“, das durch die Rede des Reichskanzlers nur verbalhört worden sei.

Minister Müller-Bonn verwahrte sich in einer längeren Erklärung gegen die Ausführungen des Hg. Dr. Breitscheid und teilte mit, daß er den Reichskanzler gebeten habe, mit möglichst beschleunigter eine Klärung der Angelegenheit herbeizuführen.

Hg. Sollmann-Röhl (D.S.P.) trat den Ausführungen seines Fraktionskollegen bei und brachte zahlreiches Beweismaterial gegen den angeklagten Minister vor.

Nach einer Erklärung des Reichskanzlers Dr. Cuno, daß die zur Sprache gekommenen Vorwürfe gegen ein Mitglied des Reichskabinetts einer gründlichen Untersuchung unterzogen werden würden, wurde 12 1/2 Uhr die Fortsetzung der Besprechung auf Samstag vertagt.

Die Lausanner Friedenskonferenz

Die amtlichen Berichte

Die Konferenz hat am Freitag folgende amtliche Berichte herausgegeben: Heute Morgen 9 Uhr 30 trat der Untersuchungs-Kommission, der mit der Prüfung der Entmilitarisierung einer Zone längs der westbalkanischen Grenze und der Frage eines wirtschaftlichen Zugangs Bulgariens zum Ägäischen Meer beauftragt ist. Er stellt den Bericht fertig, der dem Ausschuss für territoriale militärische Fragen unterbreitet wird. Dieser Ausschuss wird heute Nachmittag um 4 Uhr 30 von dem Bericht Kenntnis nehmen. Der Abendbericht hat folgenden Wortlaut: Der Ausschuss für territoriale und militärische Fragen hat von dem Berichte des Untersuchungs-Komitees Kenntnis genommen. Dieser Bericht legt die Bestimmungen fest, unter denen eine Zone vom Schwarzen zum Ägäischen Meer entmilitarisiert werden könnte. Er sieht andererseits die Bildung eines internationalen Ausschusses vor, der den Bau eines Freilandes in Debragoßch oder in der Umgebung sicherstellen müßte. Dieser internationale Ausschuss würde für die Leitung und Ausdeutung des Hafens sowie die Überwachung und Ausbeutung der Grenzzone Sorge tragen. Der Bericht greift die Regelung der Grenzlinie nicht an. Der Ausschuss nahm von diesem Dokument Kenntnis, wobei er sich die Lösung der Frage, ob eventuell eine Entmilitarisierung mit Garantien verbunden sein soll, vorbehält. Die bulgarische Abordnung wurde über den wirtschaftlichen Zugang zum Ägäischen Meer vernommen. Der Ausschuss wird morgen um 11 Uhr die Debatte über die europäische Grenze der Türkei wieder aufnehmen.

Die thrakische Frage

Ismet Pascha gab Pressevertretern gegenüber Erklärungen über die von den Türken geforderte Volksabstimmung in Westthrazien ab. Auf die Frage, über welche territorialen Angelegenheiten die Abstimmung stattfinden solle, oder Westthrazien zu Griechenland oder zur Türkei gehören solle oder ob es ein autonomer Staat werden solle, erwiderte Ismet Pascha, die Türkei wolle den Befehl Westthrazien nicht. Falls sich das Land zugunsten der Türkei aussprechen sollte, würden die Türken antworten: Wir wollen kein neues Gebiet. Wenn die vorgeschlagene Entmilitarisierung des neuen Grenzgebietes der Türkei in Thrazien in dem Sinne gemeint sei, daß keine unangenehmen Maßnahmen ergriffen würden, dann wäre die Türkei dafür.

Die E. P. aus absolut sicherer Quelle erfährt, wird man in der thrakischen Frage bestimmt zu einer Einigung gelangen. Jedemfalls wird die Konferenz über dieser Frage nicht scheitern.

Der Zusammenschluß der Balkanstaaten

Der Sonderkorrespondent des „Corriere della Sera“ in Lausanne schreibt die Einigung der Balkanstaaten gegenüber den türkischen Ansprüchen läßt sich nicht überraschend. Sie bedeute auch nicht die Bildung eines ausgesprochen türkischen Blocks, da die vier Balkanstaaten, Rumänien, Südserbien, Bulgarien und Griechenland sich nur für die Wahrung ihrer gegenseitigen Interessen interessieren wollen, die sich nicht alle gegen die Türkei richten. Die Verbindung sucht die Fragen zu lösen, die der Rückkehr des Friedens auf dem Balkan nach immer im Wege stehen. Auf die Einigung Benizelos hin veranlassen sich Rüstschukoff, Stambouliasty und Ducea, um die Wichtigkeit des frühen Zuganges Bulgariens zum Ägäischen Meere für Bulgarien von der türkischen Seite zu prüfen.

Nach einem Eigenbericht der „D. A. Z.“ aus Lausanne kann der fünf erst unter englischer Förderung neu gegründete Balkanbund schon heute als erledigt betrachtet werden, nachdem die Türken sich bereit erklärt haben, dem bulgarischen Bündnis nach einem Transporthorizont zum Ägäischen Meere längs der Grenze und nach Schließung eines Freilandes unter der Garantie der Signatormächte zu entsprechen. Die Bulgaren schließen sich dieser Forderung an. Die griechische Delegation erklärte darauf, mit den Bulgaren verhandeln sie nicht über Forderungen, denn sie habe sich zwar mit den Türken, aber nicht mit den Bulgaren im Krieg befunden.

Die Haltung Amerikas

Der Washingtoner Korrespondent der „Morning Post“ meldet, daß die alliierten Diplomaten in Washington dem Umfange große Bedeutung beimessen, daß in den offiziellen Mitteilungen des Staatsdepartements die amerikanischen Vertreter in Lausanne nicht mehr als „nichtoffizielle Beobachter“, sondern als „offizielle Vertreter der Vereinigten Staaten“ bezeichnet werden. In diesen diplomatischen Kreisen wird erklärt, daß dies ein bedeutender Schritt vorwärts sei, obwohl die amerikanischen Vertreter noch nicht den Rang von Vollmächtlern hätten. Der Korrespondent bemerkt hierzu, obwohl die Vereinigten Staaten ihre allgemeine Zurückhaltung weiter beobachten, werde es doch immer mehr klar, daß ein „soft on men's“ Einverständnis zwischen der amerikanischen Regierung und den Alliierten hinsichtlich der Fragen des Nahen Ostens besteht.

Der Klermann aus Böhmen

Zur morgigen Vormittag-Aufführung im Nationaltheater

Wir stehen an der Schwelle zum 15. Jahrhundert. In Italien beginnt die Renaissancegedanke bereits zu überfluten, in Deutschland ist man sich der Wirkungen des Humanismus noch nicht bewußt. Doch hat die neue Bewegung die Geister mächtig gepackt. Eine Weltanschauung ist ins Bewußtsein gerufen, ist vielleicht schon gestirbt. Der gebildete Mensch beginnt aus seiner Gottesebnlichkeit, aus seinem mystischen Versunkensein in dunkle Glaubensbegriffe zu erwachen. Er beginnt sich aufzuwecken, aufzukleben, freier um sich, rücker als bisher dem Schicksal verbunden. Er läßt den Wert seiner selbst und fordert Rechte dafür, er ist bereit, um sie zu kämpfen, sie sich zu erkämpfen im Geiste dieser Zeit gescheitester Verstandeswaffen.

Aus diesen Tagen kommt der profane Dialog des Johannes von Saaz „Der Klermann aus Böhmen“, ein Streit- und Trostgespräch vom Tode, das morgen in einer Vormittagsvorstellung des Nationaltheaters zur Aufführung gelangt. Der Verfasser dieses Gesprächs war Schreiber am Hofe Karls IV. in Prag, das damals eine Hochburg des Humanismus war. Der Kaiser, der Gründer der ersten deutschen Universität, war selbst ein hochgebildeter Mann, der mit den führenden Geistern seiner Zeit in regster Verbindung stand. Aus Italien, dem Ursprungslande der Renaissance, hatten er und sein gelehrter Kanzler, Johannes von Neumarkt, die neue Weltanschauung mitgebracht. Von Dante war damals erste bereicherte Kunde nach Deutschland gekommen, und mit Petrarca verband den Kaiser Freundschaft. Dies ist der Kreis, in dem wir uns auch Johannes von Saaz tätig denken müssen. Sein Geburtsjahr kennen wir nicht; nach seinem Geburtsort Saaz in Böhmen nennt er sich. Die Anfangswörter des Gesprächs des Schlußgedichtes seiner Dichtung ergeben seinen Vornamen Johannes. Ob er Klermann geheißen hat, steht dahin. Unwahrscheinlich ist es nicht, denn einmal ist er selbst, der den Tod zu einem Streikgespräch herausfordert, dann erwähnt er in seiner Dichtung, daß er Klermann genannt wird. Besonders aber hat er hervor, daß sein Name vom Vogelweid (vowelweid) ist, daß er also den Vögelweid führt. Tamsal waren aber neue Schichten des Schreiberns kumbia. Wir müssen daher schwache sprachliche Vorstellungen lassen und diese Dichtung als das literarische Ergebnis eines Besonderen ansehen. Dem Geiste nach ist sie deutlich von Danies Götlicher Komödie beeinflusst; Stofflich weist sie auf Petrarca hin, der ein ähnliches Werk in seinem „Reimittel“ gegen das „Schicksal“ erschaffen. Es ist ebenfalls in Götterform abgefaßt. Die Fiktion des Johannes von Saaz liegt nun ein persönlicher Erlebnis zugrunde. Ein Erlebnis, das den im Grunde seines

Die Petroleumfrage

Nach einer Lausanner Drahtung ist dort der Vertreter der amerikanischen Petroleuminteressen, der frühere Senator Reel, einsetzenden, der mit Ismet Pascha über die Konzeptionen (siehe) wird, die den amerikanischen Interessen in der Türkei verleiht, worden sind. Reel glaubt, es werde zu Zusammenstößen auf der Konferenz kommen, da Russland den Türken den Rücken freigegeben werde. England werde Russland Zugeständnisse machen müssen, wenn es seine Wünsche in der Meerengenfrage durchsetzen wolle.

Der neue Kalif

Man meldet aus Konstantinopel, daß die alliierten Vertreter die Einladung zur Teilnahme an der Zeremonie der Investitur des neuen Kalifen abgelehnt haben, da ihre Teilnahme als offizielle Anerkennung des Kalifen gedeutet werden könnte. Nach einer anderen Meldung hat jedoch der französische General Charpie dem neuen Kalifen seine Zustimmung gemacht, was als französische Anerkennung aufgefaßt wird.

Eine amerikanische Note an Frankreich

Die amerikanische Regierung bereitet eine Note an Frankreich vor, worin dieselbe aufgefordert wird, sich eindeutig zu erklären, in welchem Umfange es bereit sei die Abrüstungsabstimmung des Washingtoner Abkommens einzuhalten. Dieser Schritt soll veranlaßt werden sein durch eine Erklärung des früheren französischen Ministers Desguez, wonach Frankreich nicht in der Lage sei, dieses Abkommen zu unterzeichnen.

Polnischer Imperialismus

Welche Pläne die Polen in Ostpreußen und im Memelgebiet verfolgen, kennzeichnet eine Landkarte, die loben in Warschau angefertigt worden ist. Sie zeigt eine große Hand, die das Memelgebiet und Litauen an sich reißt und gleichzeitig Ostpreußen umklammert. Der danebenstehende, demütig dreinschauende Russe soll wahrscheinlich andeuten, daß auf diese Weise die wirtschaftliche Abhängigkeit Deutschlands und Russlands vollzogen werden könne. Die bevorstehende Entscheidung über das Memelgebiet wird, wie zu befürchten ist, wohl auch im Sinne dieser polnischen Ansicht ausfallen. Man muß leider annehmen, daß ein 15-jähriges Protokoll nicht gehalten werden wird, das das Memelgebiet zum Freiland erklärt. Ob das Protokoll über diesen Freiland von Frankreich oder vom Völkerbund ausgesetzt werden wird, ist im Grunde zweifelhaft. Auf jeden Fall wird der Memel-Oberbeamte ein Franzose (1) sein.

Eine bemerkenswerte Abgabe

Neuer meldet aus Washington: Compara hat namens des amerikanischen Gewerkschaftsbundes die Einladung zur Teilnahme an der internationalen Gewerkschaftsbundkonferenz, die am 10. Dezember in London eröffnet wird, abgelehnt. Der amerikanische Gewerkschaftsbund ermächtigt Thomas, den Vorsitzenden des internationalen Gewerkschaftsbundes mitzuteilen, daß die amerikanischen Gewerkschaften nicht bereit sind, die Verpflichtung einzunehmen, eines internationalen Generalstreiks für den Fall, daß ein Defensiv- oder auch nicht Defensiv-Krieg erklärt werde, zu übernehmen. Sie seien ferner nicht bereit, die nationale Einigkeit aufzugeben, die Sozialisierung der Reichsarmee des Bundes zu erzwingen, oder an Versammlungen teilzunehmen, deren Tagesordnung zuvor festgelegt sei. — Was sagen unsere Internationalisten dazu?

Auslandsrundschau

Neue Erregung in Irland

Der republikanische Anführer Erskine Childers, über dessen Securitäts- oder Richterurteilung in den letzten Tagen die widersprechendsten Gerüchte umliefen, ist gestern morgen hingerichtet worden. Man erinnert daran, daß der Vater gedroht hat, daß im Falle der Hinrichtung seines getreuen Bedienten und persönlichen Freundes Sirme von Blut fließen würden. Man sieht daraus die republikanischen Reaktionen mit Bedingtheit entgegen, umfänglich, als die Gemüter durch den Hungerstreik von Miss Mary Mac Swiney schon erregt sind.

Der Bürgermeister von Rotterdam, Hümmern, ist vom Völkerrund als Kommissar für die Überwachung der Durchführung der Stabilisierung der österreichischen Krone anerkannt worden.

Der österreichische Nationalrat erteilte nach kurzer Aussprache in neuerlicher Abstimmung mit 100 Stimmen der Christlichsozialen, der Gewerkschaften und der deutschen Bauernpartei gegen 68 Stimmen der Sozialdemokraten den drei Genfer Protokollen seine Genehmigung.

Die spanische Militärkammer. Die Kammer hat ohne Debatte ohne Gehör über die Auflösung der Junta (Offiziersvereine) angenommen. Der Ministerpräsident hatte zuvor eine Rede gehalten, worin er den Vorstoß des Abgeordneten Prieto ablehnte, alle jetzt bei marokkanischen Niederlagen im Dienst befindliche Offiziere aus der Armee auszuweisen.

Das Abkommen über den Rückkauf deutscher Güter in Italien

Das Abkommen über den Rückkauf deutscher Güter in Italien hätte aufgrund der Zustimmung der Wiedererwerbungs-Kommission am 1. Dezember ratifiziert werden sollen. Die italienische Regierung glaubt nach einer Resolution der „Italia“ jedoch diese Zustimmung zu dem Abkommen nicht erlangen zu können. Die Ratifikationsfrist wird daher verlängert werden müssen, was die italienische Regierung aber noch von einigen Bedingungen zur Gewährleistung ihrer Interessen abhängig machen will.

Die bulgarische Volksabstimmung über die Aburteilung der Minister des Kabinetts Geshoff, Danef, Kolinoff und Kosturhoff, ergab in runden Zahlen von 226 000 abgegebenen Stimmen 647 000 für und 223 000 Stimmen gegen eine Aburteilung.

Die Republik des Fernen Ostens hat, wie der Gesandte der Sowjetregierung in Peking der chinesischen Regierung offiziell mitteilte, aufgehört zu existieren und ist in Sowjetrußland aufgegangen.

Deutsches Reich

Der Reichstag auf Scheidemann. Der Staatsgerichtshof hat den Termin zur Hauptverhandlung gegen die wegen Reichsverrats an dem Oberbürgermeister Scheidemann Angeklagten namens Hüter und Reichelinger auf den 4. Dezember festgelegt. Der Prozeß, zu dem 14 Zeugen und zwei Sachverständige geladen worden sind, wird etwa drei Tage in Anspruch nehmen.

„Verstärkte Wachen.“ Eine der internationalen Kontrollkommission vor kurzem zugegangene Nachricht, daß in dem tiefsten Innern eines ostpreussischen Waldes Wachen vergraben sein sollten, hat sich dahin aufgelöst, daß ein „Wipbold“ der Kontrollkommission einen ungewöhnlich großen Bären aufgefunden hat. Eine auf Grund der Angaben des Berichterstatters nach dem bezeichneten Orte gefandene große Expedition, die von einem Polizeiaufseher begleitet war, begab sich von Königsberg nach dem betreffenden Ort, konnte aber nichts Verdächtiges feststellen.

Badische Politik

Das Polizeigesetz

In der vom Landtagsausschuß für Rechtspflege und Verwaltung fortgesetzten Beratung des Polizeigesetzes teilte der Regierungsvertreter mit, daß auf 1. Februar d. J. der gesamte Personalaufwand für die Staatspolizei 8816 000 M. betragen habe. Dieser Aufwand hat sich natürlich in der Zwischenzeit erheblich erhöht. Auch der Wert der sachlichen Aufwendungen hat sich sehr erhöht. In einer längeren Aussprache führte der § 6 des Gesetzes, in dem bestimmt wird, daß der Staat die Kosten des Aufwandes für die staatlichen Polizeibeamten trägt und für dauernde sachliche Ausgaben aus Ortspolizeilichem Gebiet in den Städten mit staatlich verwalteter Ortspolizei. Es hat aber die Stadt von dem Aufwand für die Polizeibeamten acht Zehntel der Staatskasse nach Maßgabe der vom Ministerium des Innern für die Stadt bestimmte Polizeisätze zu ersetzen.

Der Berichterstatter Abg. Dr. Glöckner (Dem.) stellte hierzu ein Gesuch des badischen Städteverbandes mit, das daraufhin abgelehnt. Der Anteil der Städte auf fünf Zehntel herunterzusetzen. Der Berichterstatter hielt die Einwendungen des Städteverbandes für begründet und stellte dahingehende Entwürfe, daß allen Gemeinden staatliche Unterstützung zugewiesen werden müßte.

Eine Abstimmung über diesen Vorgründen erfolgte noch nicht, da zuvor die Forderungen zu dieser Frage Stellung nehmen sollten. Auch der § 3 Abs. 2 fand eine Erörterung. Die Regierung schloß darin vor, die Zuständigkeit der Bezirksämter gegenüber der Polizeiverwaltung in den Städten noch aufrecht zu erhalten, soweit sie in besonderen Fällen und Beratungen beruht. Der Berichterstatter stellte einen Antrag, der dem Wünsche des Städteverbandes entspricht, der die Streichung dieser Bestimmung verlangt. Von Regierungsseite wurden dagegen Bedenken geäußert. Der Ausschuss trug dem Antrag des Städteverbandes dadurch Rechnung, daß er befohlen eine entsprechende Bestimmung in die Uebersetzungsbestimmungen aufzunehmen.

Letzte Meldungen

Grubenbrand

Dortmund, 25. Nov. Das Oberbergamt Dortmund teilt mit: Am 24. November, nachmittags, brach auf der Schachtanlage Shamrock 1-2 in Herne ein Grubenbrand aus, bei dem ein Steiger und neun Bergleute getötet wurden. Weitere Leute sind nicht in Gefahr. Infolge eines Kurzschlusses netzte die Holzhammeranlage in Brand. Die Verantwortlichen sind an Brandposten erteilt, bevor ihnen Rettung gebracht werden konnte. Das Feuer wurde sofort bekämpft und ist zum größten Teil bereits erloschen.

Hamburg, 24. Nov. Die Hamburg-Karlsruhe-Linie hat von England den ehemals deutschen Doppeldeckerdampfer „Rigoma“ von über 2000 Bruttoregistertonnen zurückgekauft. Das Schiff wird erst nach einer notwendigen Beschichtigung übernommen und dann unter dem Namen „Kolob“ in den Passagierdienst zwischen Hamburg, Spanien und Mexiko eingestellt.

London, 24. Nov. Aus Birmingham (Alabama) wird amtlich berichtet, daß bei einer Explosion in Bergwerk Dolomite 70 Bergleute getötet und 90 verletzt wurden.

Mannheim und sein Nationaltheater

Das zweite Novemberheft der „Reinischen Thalia“, das jedoch zur Ausgabe gelangte, behandelt „Das Theater als Kulturfaktor“, teils unter allgemeinen, teils unter speziell Mannheim betreffenden Gesichtspunkten. Mitarbeiter sind sämtliche überlebenden Bühnenleiter, welche seit den 80er Jahren in Mannheim gewirkt haben. Ferdinand Gregori eröffnet das Heft mit einer Betrachtung „Ist das Theater notwendig?“, worauf Barthelmeit spricht vom „Fundament der Theaterkultur“, Carl Hagemann über „Nationaltheater“, Alfred Bernau (Wien) macht „Bemerkungen eines Profiteurs“, Stadtrat Dr. Landmann (Frankfurt) hält eine kommunalpolitische Betrachtung über das Mannheimer Theater an. August Basse mann, der Senior unter den emeritierten Mannheimer Intendanten, sendte folgenden Beitrag:

Mannheim und sein Nationaltheater sind unzertrennlich. Mannheim ist ohne das Nationaltheater nicht zu denken. Dies ist Wertmal der Stadt und verleiht ihr ihren eigentümlichen Charakter. Diese Vereinigung besteht seit bald 150 Jahren. Damals in den festsigsten Jahren des achtzehnten Jahrhunderts brach sich die Erkenntnis Bahn, daß die Schaubühne ein wesentlicher Kulturfaktor in unserem geistigen Leben sei.

Zur gleichen Zeit war auch in Mannheim alles in Bewegung, die Gründung einer Nationalbühne vorzunehmen. Die Wardandische Hof- und Nationaltheatergesellschaft siedelte samt dem Hof mit dem Kurfürsten Karl Theodor nach Mannheim über. Viele wirtschaftliche Nachteile ergaben sich hieraus für die Mannheimer Bevölkerung, die sich in ihrer Existenz bedroht sah. Aber neben diesen materiellen Sorgen lastete schwer auf der Mannheimer Gemüt der Verlust jeder literarischen und musikalischen Anregung. Da erging an Salzburg der Auftrag zur Fortführung einer deutschen Schaubühne in Mannheim. Am 7. Oktober 1779 wurde das neue Nationaltheater eröffnet. Dem jungen Institut war schon nach drei Jahren der Ruf nach dem Mannheimer Hof, Schillers „Räuber“ aufzuführen. Was Schiller dem Mannheimer Theater und der Mannheimer war, ist allgemein bekannt; sie selbst aber nicht ganz die Tatsache, daß noch heute der Mannheimer seinen Schiller sieht, ihn als ein geistig Eigentum betrachtet und ihm die Treue bewahrt. Das Mannheimer Theaterinstitut, und das bedeutet die Stadt Mannheim, ist geistig lebendig, schnell erflaucht, licht und küßt neu auflebendes. Schillers Werke oder wurden auch zu der Zeit, als der Dichter „unmodern“ war, vom Mannheimer

Herzens schlichten Mann so tief aufwühlte, daß er darüber zum Dichter wurde. Wir dürfen annehmen, daß er weder früher noch später schöpferisch tätig gewesen ist. Sprechen auch verschiedne Troben der Viretorat des anspruchsvollen Mittelalters für die Reizung zum Drama innerhalb der Prosa, wird der Dialog anstelle des Liebes die beehrte Form, so liegt bei Johannes von Saaz, wie bereits gesagt, das Vorbild in Petrarca zu nahe, als daß wir bei ihm, den wir sonst als Dichter nicht kennen, an ein Dichtertum glauben müßten, das ebenso freudig wie entwicklungsfähig gewesen ist.

So ist es wohl des erschütternde Erlebnis gewesen, das ihn in seiner Gelehrtenstube das Wort gegen Tod und Schicksal erheben ließ: am 2. August des Jahres 1400 starb Klermanns junges Weib im Wochenbett. Nun geht der Bitter in tiefem Schmerz hin, der Bitte der Zeit gemäß den Räuber seines Ehrglücks öffentlich anzufügen und zur Verteilung herauszugeben. Und der Tod verteidigt sich gut: Welt selbst muß seine Partei ergreifen. Seine Stimme entscheidet den Streit, und des Klermanns letzte Worte sind ein Gebet in Demut.

Die Kraft und Schönheit dieses Werkes beruht es zu einer charakteristischen Periode der deutschen Renaissance-literatur. Zeitlich ist es das erste größere Schrifttum einer genialen Epoche. Doch ihr Kos war Vergessenheit. Nur den Kennern des mittelhochdeutschen Literaturreiches waren die Handschriften des „Klermann aus Böhmen“ bekannt. Gervinus spricht von dem Werke als vom „vollkommensten Stück Prosa, das wir in unserer Literatur besitzen“. 1817 haben die beiden Germanisten Niels Berni und Konrad Burdach die Dichtung für die Gegenwart neu entdeckt. Sie gaben eine kritische Ausgabe des Dialogs heraus, und Berni veröffentlichte im Inselverlag seine vortreffliche, im Geiste der Entstehungszeit gehaltenen Uebersetzung „Der Klermann und der Tod“. Wiewohl nicht für die Bühne bestimmt, braucht die Dichtung, da sie doch einmal einen nicht unromantischen Dialog darstellt, nicht unbedingt davon ausgeschlossen zu bleiben, auch einmal auf dem Theater aufzuführen zu werden. Die Forderung dazu gab Hermann Bahr, doch schien ihm die „Berrische Follonia“ in Wien einbühnlich und französisch. So schuf Rudolf Franz 1918 die erste für die Bühne bestimmte Uebersetzung. Intendant Dr. Rascher hat sie damals in Darmstadt zur Aufführung gebracht, und die Dichtung erlitt eine tiefe Wundung. Seitdem ist das Werk in Köln, Mainz, München aufgeführt worden, überall mit dem großen Erfolg, der ihm in Darmstadt beschieden war. Der mannsheim Mannheimer Aufführung hat jedoch nicht die französische Bearbeitung, sondern die Uebersetzung Bernis zugrunde, die im Ent dem Original am nächsten kommt und daher den Vorzug vor der anderen verdient.

A. M.

Jedes Postamt

nimmt Bestellungen auf den Mannheimer General-Anzeiger für jeden Monat entgegen.

Jeden Monat

entgegen. Die Bezugsgebühren werden dann nicht vom Briefträger eingezogen, sondern sind beim Postamt einzuzahlen.

In Mannheim

und Umgegend kann der Mannheimer General-Anzeiger auch wöchentlich bezogen und bezahlt werden.

auch wöchentlich

bezogen und bezahlt werden. Man wende sich an die Trägertinnen oder an die Geschäftsstelle E. G. 2.

Städtische Nachrichten

Aus der Stadtratsitzung vom 23. November 1922

Der neue Straßenbahntarif: 30-40-50 Mark

Der Stadtrat hat am 11. Mai mit Zustimmung des Bürgerausschusses beschlossen, den Straßenbahntarif für Einzeljahre um je 50 Pfg. für jede Stufe (die Sätze für Hochschüler und Zeitkarten im gleichen Verhältnis) zu erhöhen...

Nach diesem städtischen Bericht hat man die Absicht, einen neuen Tarif für Kurzfahrer einzuführen, nur zum Teil verwirklicht: man ist vom 27. November ab in der Lage, Fahrkarten für zwei Teilstrecken zu 200 Mark zu lösen...

Der neue Gaspreis - 60 Mark für das Kubikmeter

Der jetzige Gaspreis von 31 Mark beruht auf einem Kubikmeter von 7671 Mark für die Lonne. Inzwischen ist der Kubikmeter auf 1. November auf 12 522 Mark und ab 1. November auf 20 845 Mark gestiegen...

Neue Gebühren für Benutzung des Rasengartens

Die Gebühren für Benutzung der Räume und Einrichtungen des Rasengartens werden zur Deckung des erhöhten Betriebsaufwandes mit sofortiger Wirkung erhöht...

Welche Gebührenerhöhungen

Die Gebühren für die Benutzung der Bäder in den städtischen Krankenanstalten werden neu festgelegt. Für den Besuch der Lindengärten des Fröbelheim wird ab 1. Dezember 1922 ein monatliches Entgelt von 150 R. für das erste und von 120 R. für das zweite Kind erhoben.

Zurückstellung eines 40-Millionen-Angebotes für Beschaffung von Schulbänken

Die vom Volksschulrat empfohlene Beschaffung von Schulbänken für das Schuljahr 1923/24, die einen Aufwandsbetrag von 40 Millionen erfordern, ist zurückgestellt...

Im Laufe der Jahresfrist werden von der Mannheimer Bühne 100 Vorstellungen gegeben...

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß das Mannheimer Theater durch anderthalb Jahrhunderte eine Bildungsinstitution war...

Kunst und Wissenschaft

Die Jahresfeier der Heidelberger Universität wurde gestern in Weissen der Kultusministers Dr. Heilpach festlich begangen...

Agust Heindl, der nun in Mannheim seines Schrittmachers beraubt, hat seine Gedächtnisblätter neu gesammelt...

von 40 Millionen Mark verursacht würde, wird trotz der Gefahr von Preissteigerungen zurückgestellt.

Erhöhung des Zuschusses für die Volkshochschule in der Neckarstadt - Um dem Verein für Volkshochbildung den Weiterbetrieb der Volkshochschule in der Neckarstadt zu ermöglichen...

Die Stadträte Braun, Gulden, Kuhn und Reidel haben die am 19. ds. Mts. auf sie gefällene Wahl als Stadtratsmitglieder abgelehnt...

Keine Tarifserhöhung für Kartoffeltransporte. Die zum 1. Dezember eintretende Erhöhung der Gütertarife bezieht sich, wie amtlich mitgeteilt wird, nicht auf Kartoffeln...

Vorverkauf von Eisenbahnfahrkarten. Vom Verkehrsverein wird am nächsten Wochenende ein Bericht über die durch den großen Andrang verursachte langsame Abfertigung des Publikums an den Schaltern des Hauptbahnhofs...

Die Angemessenheitspreise für Marktwaren. In dem in der gestrigen Mittagsausgabe enthaltenen Bericht über die Sitzung der Preisprüfungskommission ist betreffs der Zuckerzuteilung...

Glöckchenholung in der Friedenskirchengemeinde. Unerwartet wird der Evang. Gemeinde der Friedenskirche der 19. November 1922 bleiben, an dem sie ihre neuen Glöckchen feierlich einholen dürfte...

Brandausbruch. Durch unvorsichtige Lagerung von Verbandmaterial entstand im Lager von Peter Rixius im Hause D. 8, 9/11 gestern vormittag halb 10 Uhr ein Brand...

Ein solch betrunkenen Mann wurde gestern abend um 10 Uhr auf dem westlichen Bürgerfeld der Waldpferdstraße aufgelesen...

Diebstahl von Fahrdrehern. Nach dem Polizeibericht sind in der letzten Zeit in Mannheim 8 Fahrdrehen gestohlen worden.

Mannheimer Diebstahlschronik. Entwendet wurde: In der Zeit vom 18.-20. Nov. im Neuen Rogierbahnhof aus der Belegschleife ein Federdreibriemen...

Diebstahl von Fahrdrehern. Nach dem Polizeibericht sind in der letzten Zeit in Mannheim 8 Fahrdrehen gestohlen worden.

Drei starke Detonationen. Drei starke Detonationen, die in Zwischenräumen von wenigen Sekunden aufeinander folgten, wurden gestern nachmittags gegen 3 Uhr in Mannheim-Ludwigshafen...

Diebstahl von Fahrdrehern. Nach dem Polizeibericht sind in der letzten Zeit in Mannheim 8 Fahrdrehen gestohlen worden.

Kommunale Chronik

Die Sparmaßnahmen der Münchner Stadterwaltung haben die Ueberweisung von 85 Millionen Mark zur Deckung von Gehalts- und Lohnerhöhungen...

Zu diesen Sparmaßnahmen zählen auch die Außerdienststellung der verheirateten weiblichen Hilfskräfte in der Schule und der Verwaltung...

Heddesheim, 23. Nov. Aus der jüngsten Gemeinderatssitzung ist folgendes mitzuteilen: Landwirt Peter Rippenhan erbittet für ein an die Gemeinde zurückgegebenes Teilgrundstück...

Aus dem Lande

Seckenheim, 24. Nov. Während des Unterrichts spielte ein Volksschüler mit einer Militärpatrone...

Philippshaus bei Bruchsal, 24. Nov. Die Frau eines hiesigen Landwirts geriet am Sonntag (Wochtag) einige Zeit, von denen sie annahm, es seien Nachbarn...

Bruchsal, 24. Nov. Die verlassene, in beim hiesigen Kallweil ein verheirateter Mediziner als Arbeiter eingetretene, diese Meldung beschäftigt die große Not, die unter den freien Berufen herrscht.

Nachbargebiete

Die deutsche Not im besetzten Gebiet Ludwigshafen, 22. Nov. Wie groß die Not ist, die infolge der durch die Reparationsleistungen und durch die außerordentliche Lage vor allem auf den Sozialrentnern, Witwen und Kindern lastet...

Gerichtszeitung

Mannheimer Strafkammer

Wegen Preistreiberi hatte das Schöffengericht die Händlerin Annemarie Hillenbrand aus Bruchsal zu 6000 M Geldstrafe verurteilt. Die Händlerin hatte am 24. Juni d. J. auf dem Mannheimer Markt für das Pfund Rindfleisch 18 M gefordert, während als Normalpreis 10 und 12 M festgesetzt waren. Sie gab an, sie habe schon der Händlerin Magin aus Rixdorf (die aber nicht einmal Handelsverlaufsbesitz) 18 M für das Pfund bezahlen müssen. Ihrer Berufung, die auf Freisprechung abzielte, da sie den Preis nicht übermäßig gesteigert habe, wurde stattgegeben. Vert.: R. A. Dr. Pfeiffenberger. — Auch die Händlerin Katharina Hahn aus Herbolzheim soll sich gegen die Verurteilung über Preistreiberi vergeblich gewandt haben. Sie verlangte am 23. Februar d. J. auf dem hiesigen Markt für das Pfund Rindfleisch 15 M, während bei anderen Händlern der Salat zu 9 M zu haben war. Das Schöffengericht hatte auf eine Geldstrafe von 500 M erkannt, wogegen die Frau Berufung einlegte. Sie erklärte, daß sie als Erzeugerin mit dem genannten Preise nicht einmal auf ihre Selbstkosten gekommen sei. Landwirtschaftsinspektor Biefer-Krantenthal und der Marktdirektor Bürgermeister sowie der Verteidiger der Angeklagten, R. A. Dr. Schreiner, bekämpften die Angaben der Angeklagten durch Aufzählung des Materials, worauf das Gericht auch diese Angeklagte freisprach.

Das Urteil im Singener Landfriedensbruchprozess

Y. Kaufmann, 24. Nov. Der Singener Landfriedensbruch-Prozess haben gestern Abend die Geschworenen um 11 1/2 Uhr nach zweinstündiger Beratung ihren Wahrspruch gefällt. Die Schuldfrage auf Kaufmann wurde bei dem Hauptangeklagten Schmid verneint und nur die Frage nach Körperverletzung mit nachgelagtem Tode sowie nach erwirktem Landfriedensbruch ohne Plünderung bejaht. Demgemäß wurde der Angeklagte Schmid zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Mildernde Umstände wurden ihm ausgebilligt. Die Angeklagten Struller und Bolzer erhielten wegen einfachen Landfriedensbruch 6 Monate Gefängnis. Bei Bolzer wurde diese Strafe in eine wegen Unlauterkeitsverbrechens ausgesprochene Jugendstrafe von einem Jahr in eine Gefängnisstrafe von einem Jahr und drei Monaten eingerechnet. Der Angeklagte Blund erhielt wegen einfachen Landfriedensbruch 10 Monate Gefängnis. Die Angeklagten Deurer, Haug, Kändler und Keller wurden von der erhobenen Anklage freigesprochen. Bei allen Angeklagten wurden vier Monate der erlassenen Unterlassungshaft in Abrechnung gebracht. Der Angeklagte Tschubert lief bei dem Freispruch der Geschworenen aus: „Lichtgaberbechen!“

Sportliche Rundschau

Radsport

Der Radsportbund zur Weiterarbeit in der Arbeitsgemeinschaft bereit. Die Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Rad- und Motorradfahrer, die in Anwesenheit von Industrievertretern im Berliner Sportplatz stattfand, hat in der Frage des Austritts des Bundes Deutscher Radsportler eine erfreuliche Klärung gefunden, die ihren Ausdruck in der Wiedermitarbeit des Bundes in der Arbeitsgemeinschaft fand. Die anwesenden Bundesvertreter erklärten zunächst, daß der Bund entgegen der allgemeinen Ansicht noch nicht angetreten ist, sondern nur zum 31. Dezbr. gegründet hätte. Nachdem nunmehr die Differenzen zwischen Bund und Arbeitsgemeinschaft die der Bund in einer kritischen Zeit niedergelegt hatte, durch die Aussprache geklärt worden sind, wird der Bund unter formaler Zustimmung der Bundesleitung am kommenden Sonntag in Erfurt seine Wiederingliederung und im Interesse der allgemeinen Förderung des Radsports weiter in der Arbeitsgemeinschaft mitwirken.

Schwimmen

Deutsche Schwimmer in Schweden. Einer Einladung des schwedischen Schwimmverbandes folgend, werden Hubert (Rheinisch-Berlin), Sommer (Rheinisch-Berlin) und Eißner (Bremen) an den internationalen Wettkämpfen in Stockholm teilnehmen. Dabei beteiligt sich an mehreren Sprüngen, Sommer bestritt die 100-Meter-Wettbewerbe über 100 und 200 Meter, Eißner die Rennen in 100-Meter- und beliebiger Lage. Die Wettkämpfe, die vom 24. bis 26. November stattfinden, scheitern außerdem noch ein paar Länderstaffeln Schweden-Deutschland in bedingter (Drauf, Rücken, Hand-überhand) und beliebiger Lage vor.

Boxen

Boxen. Der durch einen Punktstich über Beiensträter bekannte Engländer Harry Drax stand dieser Tage in London dem Australier Albert Bond gegenüber. Es war ein Kampf zweier gleichwertiger Gegner, aus dem der Australier in der jüngsten Runde noch Punkten als Sieger hervorging.

Billardsport

Wahrschlag-Weltmeisterschaft. Der Deutsche Erich Hagenlocher setzte auch seinem zweiten Gegner, dem Amerikaner E. G. Brown schärfsten Widerstand entgegen. Er erreichte 471 Punkte. Cochran erzielte bei 15 Aufnahmen einen Durchschnitt von 33 1/2, eine Höchstserie von 140, Hagenlocher eine solche von 175; sein Durchschnitt war 31 1/2.

Neues aus aller Welt

Unmensliche Eltern. Durch Zufall konnte ein Fabrikbesitzer in Aachen (Bonn) im letzten Augenblick ein schmerzliches Verbrechen verhindern. Ein bei ihm in Arbeit stehender Helfer gab auf die Frage, was er mit dem im Kesselhaus liegenden Saft vorhatte, an, der Saft enthalte Lumpen, die er verbrennen wolle. Beim Verlassen des Kesselhauses sah der Arbeitgeber den Saft sich bewegen. Bei der Definition fand man den leblichen Sohn des Kesselheizers vor, der zu der Tat, den Saft bei lebendigem Weibe in der Kesselheizung zu verbrennen, durch seine Frau veranlaßt worden sein soll. Der ermittelte Vater und die Stiefmutter des Kindes wurden verhaftet.

Raubüberfall auf einen Güterzug. Zu dem bereits gemeldeten Raubüberfall auf den Güterzug zwischen den Stationen Kall und Gremberg wird noch gemeldet: Nach den bisherigen Feststellungen wurden Zigarren im Werte von etwa 700 000 Mark und eine Kiste Fischwaren im Werte von etwa 50 000 Mark geraubt. Die Bande konnte nicht überwältigt werden, weil von sieben Schußwaffen der Bahnpolizeibeamten fünf verfangen. Unter der Bande, deren Mitglieder größtenteils bekannt sind, befinden sich ehemalige Jugendhulser und Sträflinge. Wie weiter gemeldet wird, wurden in den letzten 14 Tagen in dem hiesigen Bezirk fast 10 Raubüberfälle auf Güterzüge ausgeführt, wobei den Räubern über im Gesamtwerte von 10 Millionen Mark in die Hände fielen. So wurde in der Nacht vom 17. November ein Güterzug zwischen Kirchberg und Ralschhausen überfallen, nachdem bereits vier Räte hintereinander an derselben Stelle Jüge geraubt wurden. In diesem Falle gelang es, den Räubern die einen Wert von dreieinhalb Millionen Mark darstellenden Güter wieder abzugewinnen. Die Bande selbst konnte allerdings nicht mehr gefasst werden.

Tapferer Seelute. An ein Mitglied der Besatzung des am 9. September an der Isonischen Küste untergegangenen Dampfers „Ammonia“, die durch ihr tapferes Verhalten sich besonders auszeichneten, wurden von dem Hopog am Montag nach einer Ansprache des Geheimrats Cuno, des neuen Reichskanzlers, feierlichste Urkunden in braunem Sammetleder mit je 100 000 Mark Inhalt mit der Widmung „in besonderer Anerkennung Hamburg-Amerika-Linie 9. 9. 1922“, überreicht.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat November

Table with columns for stations (Werra-Deget, Werra-Deget, etc.) and dates (20, 21, 22, 23, 24, 25). It shows water level measurements in meters and centimeters.

Mannheimer Wetterbericht v. 25. Nov. morgens 7 Uhr. Barometer 767,7 mm. Thermometer: 8,0° C. Niedrigste Temperatur nachts 0,7° C. Höchste Temperatur gestern: 10,0° C. Niederschlag: 0,8 Liter auf den qm. Wind: S. schwach bebend.

Handel und Industrie

Die Börsenwoche

Es sieht fast so aus, als ob die „Emanzipation vom Devisenmarkt“, die die Börse schon so oft vergeblich erhofft hat, jetzt Tatsache werden soll. Obwohl die Devisenkurse in der letzten Zeit etwas nach unten gegangen sind, weil das Problem der Marktstabilisierung und eine Reparationsanleihe für Deutschland auf der brüsseler Konferenz immerhin eine Rolle spielen dürften, hat die Kaufkraft des Publikums wieder zugenommen. Die Realisationskurve, die in der Vorwoche geberrschert hatte, ist auffallend schnell wieder verschwunden, nachdem es sich gezeigt hatte, daß das Ausland und die großen deutschen Konzerne das herauskommende Material glatt aufnehmen. Das Publikum steht wieder auf dem Standpunkte, daß der Besitz von Industriewerten in diesen unsicheren Zeiten einen gewissen Schutz gegen die Schrecken der Marktentwertung auf der einen Seite, aber auch gegen die Gefahren einer evtl. Stabilisierung der Mark gewähre. Man folgert etwa so: geht die Mark weiter zurück, so dürfte die vermehrte Nachfrage nach Sachwerten die Kurse weiter nach oben ziehen, kommt aber die Marktstabilisierung, so würden die Besitzer von Effekten dabei immer noch günstiger abschneiden, wie die Besitzer von Marknoten, weil die Kurssteigerung der Wertpapiere gegenüber den Friedenskursen höchstens im Verhältnis von 1:50 erfolgt ist, während die Marktstabilisierung sich im günstigsten Falle auf Basis eines Dollarkurses von etwa 3250 M vollziehen würde, was einem Verhältnis zwischen Friedensmark und Papiermark von 1 zu 800 entsprechen würde. Die Börsenspekulation vertritt ferner die Ansicht, daß bei einem Nachlassen der katastrophalen Devisenspannung und somit bei einer Ermäßigung der Devisenkurse das Ausland noch größeres Interesse für deutsche Wertpapiere bekunden werde, weil dann wenigstens eine völlige Entwertung der deutschen Valuta mit all ihren innerpolitischen und sozialen Rückwirkungen vermieden werden würde. In der Tat kann man beobachten, daß die ausländischen Käufe seit Eintritt der Devisenabschwächung eher noch zugenommen haben. Zur Befestigung hat auch der Kampf der Großbanken gegen die Kleinspekulation beigetragen: seitdem die Banken und die Sparkassen nur noch Käufe von mindestens 6000 M nominal vornehmen kann, überlegt sie sich jeden Verkauf doppelt und dreifach. Die berufsmäßige Spekulation folgt diesmal der neuen Kaufbewegung, da der Geldmarkt zum mindesten augenblicklich sehr reichlich versorgt ist. Börsengeld ist zwar teuer, aber reichlich zu haben.

Im Vordergrund des Interesses standen wieder die schweren Montanpapiere, wobei die neuen starken Preissteigerungen, günstige Jahresabschlüsse und hohe Dividendenschätzungen sowie Gerüchte von neuen großen Kombinationen von ausschlaggebender Bedeutung waren. Harpener blieben auch nach der Generalversammlung das Kampfbild zwischen mehreren mächtigen Gruppen. Stark gesucht waren ferner Braunkohlenwerte, besonders Riebeck-Montan, auf anhaltende Kombinationsergebnisse. Unter den ober-schlesischen Werten gingen Oberschlesische Eisenbahndarfst weiter scharf nach oben. Es scheint, daß die englische Urguhart-Gruppe Shares der Russo-Asiatic-Compagny gegen die Friedenshütte hergehen will, außerdem sollen auch wieder französische Unterhändler um den Erwerb der Friedenshütte bemüht sein. Am Elektromarkt waren A.E.G. zunächst schwächer, weil der hohe Bezugspreis der neuen Aktien verminderte. Sehr bald setzten aber neue große Käufe ein, weil man mit Verhandlungen über einen neuen Elektromontant-Trust rechnet, seitdem der Generaldirektor des Phönix in den Aufsichtsrat der A.E.G. eingetreten ist. Stark gesucht waren ferner Anilinwerte, Maschinenwerte (besonders Orenstein u. Koppel auf Gerüchte über eine Ausschüttung der amerikanischen Guthaben, Schwarzkopf auf hohe Dividendenschätzungen) ferner Waggonsaktien unter Führung von Linke und Zellstoffwerte unter Führung von Waldhof. Norddeutsche Wolle und Kammgarn Stöhr erreichten neue Rekordkurse, weil von einer Kombination mit Unterstützung amerikanischen Kapitals verlautele. Philipp Holzmann stiegen in Erwartung einer Kombination mit der Goehart-Gesellschaft. Am Bankaktienmarkt spricht man weiter von einer neuen Zusammenschlußbewegung, einerseits nach der Seite der deutschen Überseebanken, andererseits durch Aufnahme großer Provinzialinstitute durch die Großbanken. Die Valutawerte lagen auf die Devisenbewegung hin bei ruhigem Geschäft schwächer. Das Interesse für die einheimischen Werte sowie für die Industrieobligationen hat nachgelassen, wobei auch die Konkurrenz der neuen hochverzinslichen Stadtanleihen eine Rolle spielt.

Die Zusammensetzung der Brennstoffpreise

Die in der letzten Zeit eingetretenen starken Erhöhungen der Brennstoffpreise haben in der Öffentlichkeit vielfach mit ziemlicher Heftigkeit geführte Klagen ausgelöst, die sich nicht zum wenigsten gegen die Bergwerksunternehmer richten, obwohl diese an den Preissteigerungen einen nur geringen Anteil haben. Wohl infolge ungenügender Unterrichtung läßt die Allgemeinheit bei ihrem Urteil meistens außer Betracht, daß die Preisbestimmung längst nicht mehr dem Bergwerksbesitzer überlassen ist, daß sie vielmehr zwangswise durch den Reichskohlenverband unter Hinzuziehung des Großen Ausschusses des Reichskohlenrates, dem sowohl Vertreter der Arbeitnehmer als auch der Verbraucher angehören und unter Mitwirkung des Reichswirtschaftsministers erfolgt. Besonders letzteres ist von weittragender Bedeutung, da der Reichswirtschaftsminister durch eine Anzahl von eigens hierfür geschuldeten Beamten beständig bis ins einzelne gehende Nachprüfungen der Selbstkosten auf den Gruben vornehmen läßt. Sodann wird wenig beachtet, daß die Brennstoffpreise keineswegs nur den Verkaufserlös der Gruben darstellen, sondern staatliche Abgaben von beträchtlicher Höhe enthalten; so enthalten z. B. die Preise für Ruhrkohlen allein 40 v. H. diejenigen für rheinische Braunkohlen und Braunkohlenbriketts sogar 44 v. H. für Kohlensteuer, 2 v. H. für Umsatzsteuer und außerdem Abgaben für soziale Zwecke, namentlich für den Bau von Bergmannsheimstätten, die sich auf 38 Mark pro Tonne belaufen. Der nach Abzug der Abgaben verbleibende Verkaufspreis stellt im rheinischen Braunkohlenrevier etwa das Dreihundertzehnfache des Verkaufspreises vor dem Kriege dar. In welchem Verhältnis aber sind die Herstellungskosten gestiegen! So betrug z. B. die Aufwendung an Bergarbeiterlohn für 8 Stunden Arbeitszeit vor dem Kriege rund 2,85 Mk., jetzt 1165 Mk. also mehr als das Vierhundertfache.

Eine noch weit höher hinausgehende Steigerung weisen die Preise der für den Grubenbetrieb und die Brikettfabrikation erforderlichen Betriebsmaterialien aus. So kosteten 1 Tonne Maschinenersatz früher 240 Mk., jetzt 180 000 Mk., 1 Tonne Rohelisen früher 77,50 Mark, jetzt 83 994 Mark, 100 kg Maschinenöl früher 32 Mk., jetzt 48 000 Mk., 1 qm Transportband früher 30 Mk., jetzt 60 000 Mk., 1 Tonne Grobblech früher 97 Mk., jetzt 195 000 Mk., 1 Tonne Stabeisen früher 86 Mk., jetzt 175 000 Mk. Das sind Steigerungen um das 750- bis 2065-fache! Schließlich darf zur Vervollständigung des Bildes nicht unerwähnt bleiben, daß der Bergbau durchweg nicht in der Lage ist, die infolge der ungeheuren Steigerung der Produktionskosten an ihn herantretenden außerordentlichen geldlichen Anforderungen aus seinem Betriebskapital

zu decken, sodaß er in erheblichem Umfange Bankkredit in Anspruch nehmen muß, der heute häufig bis zu 20 Prozent und mehr kostet.

Der Verbraucher, der die Preise, die er zahlt für den Zentner Brennstoff im Kleinverkauf zahlen muß, mit demjenigen der Vorkriegszeit vergleicht, möge ferner bedenken, daß auch die den Vertrieb der Brennstoffe belastenden Kosten in weit höherem Maße gestiegen sind, als die reinen Verkaufspreise der Gruben. So kostet z. B. die zusammengesetzte Eisenbahn- und Schiffsfracht nebst Umschlaggebühren für 10 t ab rheinischem Brikettwert bis Mannheim heute 50169 Mark gegen 49,50 Mark im Jahre 1914, also etwa das 1000-fache und der Preis für Fuhrlohn ist auf das Achtundert- bis Tausendfache gestiegen.

Nächste Woche 3 mal Börse.

Der Börsenvorstand hat beschlossen, in der nächsten Woche dreimal Vollbörse abzuhalten und zwar am Montag, Mittwoch und Freitag. An den übrigen Tagen ist wieder Effektenhandel verboten und nur Devisen werden amtlich festgesetzt.

Gültigkeitsdauer der Ausfuhrbewilligungen. Nach einer im Einverständnis mit dem Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung erlassenen Verfügung des Reichsfinanzministers vom 1. Juli 1922 — II z 7045 — ist die Gültigkeitsdauer der Ausfuhrbewilligungen als gewahrt zu betrachten, wenn aus den Frachtpapieren hervorgeht, daß die Ware vor Ablauf der Gültigkeit der Bewilligung zur Beförderung aufgegeben worden ist. Der Reichsfinanzminister hat (durch Verfügung II z 13 293 vom 31. Oktober 1922) angeordnet, daß diese Bestimmung auch auf den Schiffsverkehr anzuwenden ist.

Eisenwerk Kaiserslautern in Kaiserslautern. Die Gesellschaft erhöhte ihr Grundkapital um 12 auf 24 Millionen Mark laut Generalversammlungsbeschluss vom 16. September ds. Js. Das Grundkapital ist eingeteilt in 20 000 Stück Inhaberkapitalaktien zu je 1200 Mark und in 500 Namensvorszugsaktien ebenfalls zu je 1200 Mark, letztere mit einem vom 12- auf das 15fache erhöhte Stimmrecht.

Devisenmarkt

Mannheimer Devisenmarkt, 25. Nov. (Mittteilung der Mitteldeutschen Creditbank, hier) New York 7100 (7100), Holland 2850 (2800), London 31000 (31900), Schweiz 1370 (1321), Paris 520 (505), Italien 330 (329).

New York, 24. Nov. Die Reichsmark notierte bei Börsenschluß 0,017 1/2 (0,017 1/2) cents, was einem Kurs von 6956,52 (6400,00) Mark entspricht.

Table showing exchange rates for New York, 24. Nov. (WB) Devisen. Columns for France (Frankreich), Belgium (Belgien), Switzerland (Schweiz), England (England), Spain (Spanien), Italy (Italien).

Kurse der Federal Reserve Bank, New-York

Table showing gold and silver prices for Federal Reserve Bank, New-York. Columns for Gold (Gold), Silver (Silber), etc.

Waren und Märkte

Der Mehlpreis für Weizenmehl Spezial 0 ist auf 44 700 (44 000) M für 100 Kilo mit Sack ab Mühle festgesetzt.

Weitere Ermäßigung des Nähnarpenspreises. Die Vertriebsgesellschaft Deutscher Baumwoll-Nähnaden-Fabrikanten hat, wie die „Textil-Woche“ erfährt, den Aufschlag auf die Liste vom 21. 8. 22 mit Wirkung vom 22. November ab um 40% auf 51% ermäßigt.

Neue Richtpreise in der Schokoladen-Industrie. Die Interessengemeinschaft deutscher Kakao- und Schokoladenfabriken G. m. b. H. (Ideka), Dresden, gibt bekannt, daß die Richtpreise für Kakao-Erzeugnisse (Ladenverkaufspreise) wie folgt geändert worden sind: Kakaopulver, stark entölt, 2400—2800 M per 1 kg; Kakaopulver, schwach entölt, 2800 bis 3600 M per 1 kg; Vanille-Schokolade aus fester Masse, 40/00, 375—285 M; feine Vanille-Schokolade, 50/50, 300—310 M; Schmelz-Schokolade, 50/50, 340—360 M; Schmelz-Schokolade bitter, 60/40, 380—400 M; Milch-Schokolade 380—400 M; Nuß-Schokolade 380—400 M; Milch-Nuß-Schokolade 380—400 M; Mokka-Schokolade, 50/50, 380—400 M; Krem-Schokolade 380 bis 300 M, alles per 100 g.

Teibericht. (Mitgeteilt von der Firma Hermann Kaufmann, Pagoda-Teemipport, Mannheim.) Die Teeweltmarktpreise sind so hoch, wie seit Jahren nicht. Dieser Umstand vermehrt erheblich die schon bestehenden Schwierigkeiten des Imports. Bis einschließlich 28. November beträgt der Zoll für ein Kilo Tee 3212 M (Goldzollaufgeld 145 000); ab 29. November bis einschließlich 5. Dezember 3674 M (Goldzollaufgeld 166 900 M). Die unter Berücksichtigung des letzteren Zollsatzes und bei einem Kurs von ca. 2500 für den holl. Gulden errechneten Importpreise sind: für ordinäre Qualität von ca. 3800 M an, mittel von 4200 M an, feine von ca. 4600 M an, allerfeinste von 5200 M an für das halbe Kilo.

Berliner Metallbörse vom 24. November

Table showing metal prices for Berlin, 24. Nov. Columns for Electrolyt, Raffinadkupfer, etc.

Table showing metal prices for London, 24. Nov. Columns for Kupfer, Zinn, etc.

Waren und Märkte

Table showing various commodity prices for New York, 24. Nov. Columns for Kaffee, Zucker, etc.

Table showing various commodity prices for Chicago, 24. Nov. Columns for Wolzen, etc.

Druck- und Verlagsanstalt: General-Anzeiger G. m. b. H., Mannheim, 6. 2. Direction: Friedrichs-Platz, 1. — Verlagsleiter: Herr Müller. Verantwortlich für Inhalt: Dr. Fritz Sommer; für Druck: Die Verlagsanstalt für Buch- und Zeitungsdruck, Mannheim, 6. 2. — Druck: Druck- und Verlagsanstalt, Mannheim, 6. 2.

Gottesdienst-Ordnung.

Evangelische Gemeinde.

Evangel. protestantische Gemeinde, Sonntag, den 26. November 1922. (Vorbereitung und Bettag). In allen Sonntags- und Abendgottesdiensten Feier des hl. Abendmahls u. Kollekte für arme evang. Gemeinden des Landes.

Evangelisch-lutherische Gemeinde.

Evangelisch-lutherische Gemeinde, Sonntag, den 26. Nov. 1922. (Vorbereitung und Bettag). In allen Sonntags- und Abendgottesdiensten Feier des hl. Abendmahls u. Kollekte für arme evang. Gemeinden des Landes.

Evangel. protestantische Gemeinde, Sonntag, den 26. Nov. 1922. (Vorbereitung und Bettag). In allen Sonntags- und Abendgottesdiensten Feier des hl. Abendmahls u. Kollekte für arme evang. Gemeinden des Landes.

Katholische Gemeinde.

Katholische Gemeinde, Sonntag, den 26. Nov. 1922. (Vorbereitung und Bettag). In allen Sonntags- und Abendgottesdiensten Feier des hl. Abendmahls u. Kollekte für arme evang. Gemeinden des Landes.

Katholische Gemeinde, Sonntag, den 26. Nov. 1922. (Vorbereitung und Bettag). In allen Sonntags- und Abendgottesdiensten Feier des hl. Abendmahls u. Kollekte für arme evang. Gemeinden des Landes.

ALTER WEINBRAND, JACOBI 1880

Offene Stellen. Lebensmittel-Großhandlung. Provisions-Vertreter. Intelligente Herren und Damen.

Verkäuferin. Jüngeres Fräulein. Damen. Mädchen. Köchin.

Kinderfräulein od. Schwester. Weinrestaur. z. Fudisbau. Servierfräulein. Stellen-Gesuche. Kunstgewerb. Maler u. Zeichner.

Verkäuferin. Hirsch & Cie. Fräulein. Stenotypistin. Kaufmann. Fräulein. Kaufmann. Fräulein. Kaufmann. Fräulein.

Felle. Max Rennert. Neu eröffnet! Ankauf. Alt-Eisen, Alt-Papier, Alt-Metalle.

Brillanten. Herr- und Damen-Rad. Herrenfahrrad. Brillanten. Gold- und Silberschmelze. W. Bosch, H 1, 1, 1 Truppe, Breitestr.

Kabok-Matratzen. Lastaufzug. 2 Kontrollkassen. Fensterglas. Sekretär. Holländer. Strickmaschine. Drehstrom-Motoren.

Bauführer. jüngere Dame. Allgem. Transportgesellschaft. Kunststrickerinnen. Stenotypistin.

Mädchen. Köchin. Mädchen. Köchin. Mädchen. Köchin.

Stenotypistin. Kaufmann. Fräulein. Kaufmann. Fräulein. Kaufmann. Fräulein.

Stenotypistin. Kaufmann. Fräulein. Kaufmann. Fräulein. Kaufmann. Fräulein.

Brillanten. Herr- und Damen-Rad. Herrenfahrrad. Brillanten. Gold- und Silberschmelze. W. Bosch, H 1, 1, 1 Truppe, Breitestr.

Brillanten. Herr- und Damen-Rad. Herrenfahrrad. Brillanten. Gold- und Silberschmelze. W. Bosch, H 1, 1, 1 Truppe, Breitestr.

Kabok-Matratzen. Lastaufzug. 2 Kontrollkassen. Fensterglas. Sekretär. Holländer. Strickmaschine. Drehstrom-Motoren.

Stenotypistin. Oberrheinische Versicherungs-Gesellschaft.

Mädchen. Köchin. Mädchen. Köchin. Mädchen. Köchin.

Stenotypistin. Kaufmann. Fräulein. Kaufmann. Fräulein. Kaufmann. Fräulein.

Stenotypistin. Kaufmann. Fräulein. Kaufmann. Fräulein. Kaufmann. Fräulein.

Brillanten. Herr- und Damen-Rad. Herrenfahrrad. Brillanten. Gold- und Silberschmelze. W. Bosch, H 1, 1, 1 Truppe, Breitestr.

Brillanten. Herr- und Damen-Rad. Herrenfahrrad. Brillanten. Gold- und Silberschmelze. W. Bosch, H 1, 1, 1 Truppe, Breitestr.

Kabok-Matratzen. Lastaufzug. 2 Kontrollkassen. Fensterglas. Sekretär. Holländer. Strickmaschine. Drehstrom-Motoren.

Kabok-Matratzen. Lastaufzug. 2 Kontrollkassen. Fensterglas. Sekretär. Holländer. Strickmaschine. Drehstrom-Motoren.

